

Neues Bauprojekt auf der Kniematte

Langnau Die Stiftung BWO will in der Nähe des Oberfeldschulhauses ein neues Schulhaus bauen. Das bisherige Gebäude der Heilpädagogischen Schule hinter dem Dahlia Lenggen ist alt und kann nicht mehr saniert werden.

Susanne Graf

Für die Verantwortlichen der Stiftung BWO steht die Zeit trotz der Corona-Pause nicht still. Der Stiftungsrat hat in den letzten Tagen einen Entscheid getroffen, der für Kinder mit Beeinträchtigungen von grosser Tragweite sein wird: Er will die Heilpädagogische Schule von ihrem heutigen Standort an der Kreuzstrasse auf die Kniematte verlegen. Denn das Gebäude, das direkt ans Dahlia Lenggen angebaut ist, entspreche nicht mehr den heutigen Anforderungen eines modernen Schulbetriebs. Eine Sanierung ist laut BWO-Geschäftsführerin Kathrin Wanner nicht möglich. Sie wäre mit unverhältnismässig hohen Kosten verbunden, steht in einer Medienmitteilung. Das Gebäude gehört der Stiftung, wurde seinerzeit aber im Baurecht erstellt. Der entsprechende Vertrag mit dem Dahlia läuft im Oktober 2025 aus.

Näher zur Volksschule

Deshalb hat der Stiftungsrat nun entschieden, einen Neubau auf der Kniematte ins Auge zu fassen. Auf der Fläche zwischen der neuen Sporthalle und der Lindenstrasse soll das Schulhaus zu stehen kommen. Ein wesentlicher Vorteil dieses Standorts besteht laut Kathrin Wanner darin, dass die Heilpädagogische Schule so nahe zur Regelschule komme. Gleich neben der Sporthalle befindet sich das Schulhaus Oberfeld. Mit dem Zusammenrücken könne man «den heutigen politischen wie gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung tragen».

Denn 2022 würden die Heilpädagogischen Schulen von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion zur Erziehungsdirektion wechseln. Gleichzeitig entstehe ein neues Volksschulgesetz, das sich an der Devise «Bildung für alle» orientiert, erklärt der Stiftungsrat. Indem die Heilpädagogischen Schulen unter das Dach



Auf dem Gebiet zwischen der neuen Sporthalle Oberfeld und der Lindenstrasse soll ein Neubau für die Heilpädagogische Schule Langnau errichtet werden. Foto: Beat Mathys

der Volksschulen kämen, würden sie künftig auch als Teil von ihr wahrgenommen.

Besser integrieren

Der Stiftungsrat hofft, dass mit dem Neubau auf der Kniematte «das Bewusstsein in der Gesellschaft für die Rechte der Menschen mit Beeinträchtigungen und ihrer Würde verstärkt und gefördert sowie Berührungspunkte abgebaut werden». Ziel sei es, die Kinder von klein auf besser in der Gesellschaft zu integrieren, damit sie lernen,

«sich darin zu bewegen und besser mit möglichen Hindernissen umzugehen». Für Kathrin Wanner handelt es sich beim Vorhaben in Langnau um ein «innovatives Vorreiterprojekt». Die Gemeinde Langnau unterstütze das Projekt der Stiftung BWO, teilt diese weiter mit. Wegen des Coronavirus musste sie auf eine öffentliche Informationsveranstaltung verzichten. Der geplante Standort der Heilpädagogischen Schule befindet sich in einer Zone für öffentliche Nutzungen für Schulbauten. Das

Land gehört der Gemeinde. Im Rahmen seiner Kompetenzen sei der Gemeinderat bereit, die benötigte Fläche der Stiftung im Baurecht abzutreten. Gemäss Clemens Friedli, stellvertretender Gemeindeschreiber, wird aber der Grosse Gemeinderat auch noch etwas dazu zu sagen haben: «Die Festlegung des jährlichen Baurechtszinses fällt in die Kompetenz des Parlaments.»

Ein Wettbewerb

Noch ist völlig offen, wie das Schulhaus aussehen wird. Die

Stiftung will das Projekt für den Neubau der Schule im Rahmen eines Architekturwettbewerbs entwickeln. Geplant ist, dass der Studienauftrag bis im Dezember abgeschlossen ist.

Im ersten Quartal des kommenden Jahres 2021 sollen die Vorschläge überarbeitet und danach die Planung konkretisiert werden. Im zweiten Quartal des Jahres 2022 sollte das Baugesuch eingereicht werden und der Neubau im dritten Quartal 2025 fertig sein. So jedenfalls sieht es der Terminplan vor.

Fast 800'000 Franken im Minus

Rüegsau Die Exekutive ist nicht überrascht, dass die Gemeindefinanzrechnung 2019 im Gesamthaushalt mit einem Aufwandüberschuss von 781'329 Franken abschliesst. Die Schlechterstellung gegenüber dem Budget betrage rund 111'000 Franken und liege damit im Bereich der Erwartungen, schreibt der Gemeinderat in einer Medienmitteilung. Im Allgemeinen Haushalt betrage der Aufwandüberschuss 898'337 Franken. Das sei 314'000 Franken schlechter als im Budget 2019 vorgesehen.

Die Schlechterstellung sei einerseits durch Kosten und Abschreibungen aus der Bereitstellung von Schulraumprovisorien verursacht worden, andererseits habe die Gemeinde nicht zu erwartende Steuerrückzahlungen aufgrund von definitiven Veranlagungen aus Vorjahren verzeichnen müssen.

Der Gemeinderat überwache die Entwicklung der Gemeindefinanzrechnung 2020 intensiv und mit geeigneten Controllingmassnahmen. «Weiter werden Ausgabenanträge aus dem Investitionsbudget 2020 durch den Gemeinderat nochmals auf ihre absolute Notwendigkeit hinterfragt», versichert die Exekutive in ihrer Mitteilung.

Beruhigend ist es da zu wissen, dass der Bilanzüberschuss der Gemeinde Rüegsau per 1. Januar 2020 rund 3,4 Millionen Franken beträgt. Die Rechnung 2019 soll am 3. Juni von der Gemeindeversammlung bewilligt werden.

Urs Egli

Nachrichten

Mit dem Nutzungsprofil einer Mischzone

Langnau Der Gemeinderat hat die Unterlagen zur Zone mit Planungspflicht (ZPP) XI «Bahnhof Süd», bestehend aus dem Mitwirkungsbericht, der Änderung der baurechtlichen Grundordnung sowie dem Erläuterungsbericht zuhanden der Vorprüfung durch das kantonale Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) verabschiedet. Im Planungsgebiet soll eine Entwicklung mit dem Nutzungsprofil einer Mischzone realisiert werden. Die Wohnnutzungen werden ergänzt mit vertraglichen Gewerbenutzungen sowie Dienstleistungen. In vertraglichem Rahmen sollen auch Verkauf, Gastronomie und Hotelnutzungen möglich sein. (spy)

Die Einsprachen wurden beseitigt

Langnau Der Gemeinderat hat die Zone mit Planungspflicht (ZPP) X «Am Bärenplatz», bestehend aus der Änderung des Zonenplanes und der Änderung des Baureglementes, zuhanden des Grossen Gemeinderates verabschiedet. Während der öffentlichen Auflage seien drei Einsprachen eingegangen. Die Einspracheverhandlungen wurden durchgeführt. Die Vorlage werde dem Parlament an der nächsten Sitzung unterbreitet. (spy)

Wir gratulieren

Trub Heute kann Hans Riesemeier seinen 75. Geburtstag feiern. Der Jubilar ist an der Sägegasse daheim. (pd)

Skilift Innereriz AG bemängelt Moorschutz-Planung

Zulgtal/Emmental Die öffentliche Auflage des Nutzungsplans für das Rotmoos, eine der wichtigsten Moorlandschaften der Schweiz, hat erneut Einsprachen zur Folge. Die Skilift AG fühlt sich übergangen.

Es zeichnet sich kein Ende ab. Nach über 20-jähriger Planung und der erneuten öffentlichen Auflage des Teilzonenplans Moorlandschaft Rotmoos für das weitläufige Gebiet zwischen Schangnau, Eriz, Horrenbach-Buchen und Sigriswil gibt es wiederum Gegenwind für das Vorhaben. «Während der Auflage sind zwei Einsprachen eingegangen», sagt Christian Aeschlimann, ehemaliger Erizer Gemeindeschreiber und Sekretär der zuständigen Arbeitsgruppe. In der Gemeinde Schangnau habe ein Alpbetreiber eine Einsprache deponiert, und in der Gemeinde Horrenbach-Buchen wehrt sich die Skilift AG Innereriz. Keine Einsprachen vermelden dagegen die Gemeinden Eriz und Sigriswil. «Unsere Anliegen sind in der aktuellen Planung nicht explizit behandelt oder beschrieben», begründet Thomas

Reusser, Verwaltungsratspräsident der Skilift AG Innereriz, die Einsprache des Unternehmers. Für die Forst- und Landwirtschaft biete die Planung, zwar begrenzt, aber dennoch einen gewissen Spielraum. «Für touristische Anlagen aber eben kaum», bringt es Reusser auf den Punkt. Und fügt an: «Die Bestandesgarantie für solche Anlagen ist sehr schwammig umschrieben und daher unsicher.»

Natürliche Verschiebungen

Der Verwaltungsratspräsident bringt auch gleich ein Beispiel. So sei der Skilift immer wieder von natürlichen Bewegungen am Skihang betroffen. Dies könne auch zu Verschiebungen von Fundamenten für die Skiliftmasten führen. «Mit der neuen Planung ist nicht klar, ob wir ein solches Fundament bei Bedarf an einem verschobenen Ort noch

erneuern dürfen», fährt Reusser fort. Zudem sei auch offen, ob angesichts des Klimawandels und der milden Winter dereinst das touristische Angebot entsprechend angepasst werden könnte. «Wir möchten die Möglichkeit haben, in Zukunft auf klimatisch bedingte Veränderungen reagieren zu können», hält der Verwaltungsratspräsident weiter fest.

Thomas Reusser geht es nicht darum, das touristische Angebot zu vergrössern, sondern eben die Zukunft des Angebots im Eriz zu sichern. Und er weist auch darauf hin, dass sich die Skilift AG stetig um den Schutz der wertvollen Landschaft bemüht hat, seit sie die Anlagen im Eriz 1966 in Betrieb nahm. «Unser Ziel ist es, dass wir uns mit den Tätigkeiten auch künftig in einem vernünftigen Rahmen bewegen können.» Wie es mit der Planung

nun weitergeht, ist offen. Nicht nur wegen der Einsprachen. «Aufgrund der aktuellen Corona-Situation haben wir die Einspracheverhandlungen bis auf weiteres hinausgeschoben», erläutert Beat Gerber, Gemeindepräsident in Schangnau. Diese standen am 1. April auf dem Programm.

Ein Fragezeichen steht auch hinter den Gemeindeversammlungen der vier Gemeinden von Ende Mai und Mitte Juni. Dort sollte das Geschäft den Stimmberechtigten vorgelegt werden. Die Moorlandschaftsplanung Rotmoos ist in den vier Gemeinden bereits seit Jahren ein Thema. Im Jahre 2004 hiess, mit Ausnahme von Horrenbach-Buchen, der Souverän der betroffenen Gemeinden den Teilzonenplan gut. Allerdings nur unter Vorbehalt, weil eine Einsprache von Pro Natura noch nicht bereinigt war. Mit

der nun laufenden Planaufgabe beantragen die vier Gemeinden, auf die vor über 15 Jahren beschlossene Moorlandschaftsplanung zu verzichten und sie eben durch eine neue zu ersetzen.

Ziel besagter Planung in der Moorlandschaft von nationaler Bedeutung ist es, eine künftig nachhaltige Nutzung mit Alpwirtschaft und sanftem Tourismus sicherzustellen. Nutzen und Schutz des 3644 Hektaren grossen Gebietes werden dabei im Teilzonenplan und in einer Ergänzung des Baureglementes geregelt. Will heissen: Neubauten sind künftig nur im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft möglich. Spezielle Bewirtschaftungspläne regeln unter anderem das Ausbringen und Lagern von Hofdünger oder das Bestossen der Sömmerungsweiden.

Stefan Kammermann